LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/10622**

30.12.2015

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4064 vom 16. November 2015
des Abgeordneten Ralf Witzel FDP
Drucksache 16/10246

Pensionseintritt von Beschäftigten im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens – Wann ist die Fortschreibung des Versorgungsberichtes zu erwarten, der die aktuelle Entwicklung für Bedienstete des Landes dokumentiert und näher untersucht?

Der Finanzminister hat die Kleine Anfrage 4064 mit Schreiben vom 23. Dezember 2015 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerpräsidentin und allen übrigen Mitgliedern der Landesregierung beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans hat zuletzt im Jahr 2011 einen Versorgungsbericht erstellt, der dem Landtag am 13. Februar 2012 vorgestellt und zur Beratung vorgelegt wurde. Dieser Dritte Versorgungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen hat damals interessante Erkenntnisse zur Situation der Pensionierungen im Landesdienst geliefert.

Im Jahr 2009 ist demnach ein insgesamt vergleichsweise niedriger Wert erreicht worden bei der Anzahl der pensionierten Beamten, die aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand getreten sind. Dennoch liegt der Anteil der Zurruhesetzungen infolge von Dienstunfähigkeit in mehreren Beschäftigungsbereichen noch über 25 Prozent, so zum Beispiel im Schuldienst oder der Finanzverwaltung.

Pensionierungsverhalten nach Beschäftigungsbereichen

Bereich	Regelaltersgrenze	Dienstunfähigkeit	Antragsaltersgrenze
Justizvollzug	27,2 %	57,2 %	15,6 %

Datum des Originals: 23.12.2015/Ausgegeben: 06.01.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Schule	34,7 %	26,7 %	38,4 %
Finanzverwaltung	37,6 %	25,6 %	32,2 %
Polizei	79,1 %	13,9 %	6,8 %
Hochschule	90,2 %	1,4 %	8,4 %
Sonstige	60,5 %	15,3 %	22,3 %
Summe	44,9 %	23,6 %	30,9 %

Hinzu kommt, dass häufig noch die Option einer Pensionierung durch die Inanspruchnahme einer niedrigeren Antragsaltersgrenze zum Zuge gekommen ist, so dass außer im Bereich von Hochschulen und Polizei eine Pensionierung zum Erreichen der Regelaltersgrenze gar nicht mehr die Regel ist, sondern eher den Ausnahmefall darstellt. Über alle Berufsgruppen hinweg sind zuletzt knapp 24 Prozent der Bediensteten vorzeitig in den Ruhestand getreten aufgrund von Dienstunfähigkeit; landesweit haben nur weniger als 45 Prozent der Beamten die jeweilige Regelaltersgrenze erreicht.

Laut Datenlage des Dritten Versorgungsberichtes liegt im Ergebnis das durchschnittliche Pensionseintrittsalter im Schuldienst bei 62,5 Jahren, in der Finanzverwaltung bei 60,4 Jahren, im Polizeibereich bei 59,6 Jahren, und bei der Justiz beträgt das Pensionseintrittsalter 53 Jahre. Im Justizbereich ist das Eintrittsalter in den Ruhestand damit sogar gegen den allgemeinen Trend zuletzt um fast zwei Jahre gesunken.

Laut Bericht der Landesregierung zum Krankenstand innerhalb der Landesverwaltung im Jahr 2013 (Vorlage 16/2655), vorgelegt im Februar 2015, betrug der Krankenstand der Beschäftigten (Beamte und Tarifbeschäftigte) einschließlich der nicht-attestpflichtigen Krankentage in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 insgesamt 7,53 Prozent – auf der Ebene der Ressorts 7,04 Prozent und in den Geschäftsbereichen der Ressorts 7,55 Prozent. Im Erhebungszeitraum sind bei den von der Erhebung erfassten Beschäftigten der Ressorts ohne Geschäftsbereiche 90.027 Krankheitstage angefallen, in den nachgeordneten Bereichen der Ressorts insgesamt 2.504.732 Krankheitstage. Gegenüber dem Vorjahr sind die Quoten gestiegen. Im Bereich der Ressorts ist ein stärkerer Anstieg zu sehen. Der Anstieg ist nach Aussage der Landesregierung unter anderem auch auf das zunehmende Alter der Beschäftigten zurückzuführen.

Auch zur Krankendauer werden im zitierten Krankenstandsbericht Aussagen getroffen:

Der Anteil der ein- bis dreitägigen Erkrankungen liegt mit einer Quote von 1,27 % deutlich unter dem der mittel- und langfristigen Erkrankungen. Die mittelfristigen Erkrankungen sind mit 3,27 % leicht gestiegen. Die langfristigen Erkrankungen mit 2,99 % haben dagegen leicht abgenommen.

Frühpensionierungen und mittel- bis langfristige Dauererkrankungen sind individuell für den Betroffenen oft ein schweres Schicksal. Beim Dienstherrn Land sorgen sie in der Regel für zusätzliche Probleme und Kosten bei der vorzeitigen Neubesetzung notwendiger Stellen. Kumuliert entsteht im Landesdienst ein erhebliches Stellenpotential, das nur vorgehalten und finanziert wird, um temporäre oder dauerhafte krankheitsbedingte Fehlzeiten auszugleichen. Es sollte daher aus humanen Gründen wie zur Optimierung des Personaleinsatzes ein vordringliches Anliegen des Landes sein, bei den Landesbeschäftigten durch ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement krankheitsbedingten Arbeitsausfall und Frühpensionierungen zu verhindern.

Der Gesundheitszustand der Bediensteten sowie dadurch bedingte Frühpensionierungen haben aber auch direkte Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Insofern steht das Land hier in der doppelten Verantwortung. Der individuelle Schutz und die Förderung des Erhalts der Gesundheit der Beamten und Angestellten ist selbstverständlich für die Landesregierung eine Fürsorgeverpflichtung. Aber auch finanzielle Folgen für den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt durch erhöhte Pensionsleistungen, die die junge Generation dann zusätzlich belasten werden, dürfen nicht außeracht gelassen werden. Insbesondere in einer alternden Gesellschaft sowie bei einer deutlichen Zunahme psychischer Erkrankungen kommt daher der Gesundheitsförderung eine besondere Bedeutung zu.

Vor dem Hintergrund der unklaren weiteren Entwicklung des Eintrittsalters in den Ruhestand bei Beamten und Tarifangestellten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen ist es für das Parlament von besonderem Interesse zu erfahren, wie sich die Situation für die Beschäftigten zum jetzigen Zeitpunkt genau darstellt und welche konkreten Maßnahmen die Landesregierung im Einzelnen bislang und zukünftig zur Situationsverbesserung ergreift. Mit der Abfrage nach Ressorts sind stets auch alle nachgelagerten Behörden mit ihren Landesbediensteten gemeint.

1. Wie hat sich das Pensionierungsverhalten von Beamten und Angestellten des Landes Nordrhein-Westfalen differenziert nach Beschäftigungsbereichen im Hinblick auf Regelaltersgrenze, Dienstunfähigkeit sowie Antragsaltersgrenze seit dem Jahr 2010 bis heute in den einzelnen Ressorts entwickelt? (Darstellung in absoluten Zahlen sowie im prozentualen Verhältnis erbeten)

Die Landesregierung hat sich in den letzten Jahren stark dafür eingesetzt, die Gesundheitsfürsorge der Beschäftigten[1] des Landes zu fördern und zu unterstützen. Das wird sich auch positiv auf die Zahl der Pensionierungen ausgewirkt haben. Von 2010 bis 2014[2] ist der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit von insgesamt 21,7 % auf 12,5 % gesunken. In allen Geschäftsbereichen liegt der Anteil weit unter 25 %. Gleichzeitig ist das durchschnittliche Pensionseintrittsalter im vorgenannten Zeitraum von 62,3 auf 63,2 Jahre gestiegen.

Die Einzelheiten sind in der als Anlage 1 beigefügten Tabelle dargestellt.

2. Welche genauen einzelnen Programme sind in den letzten drei Jahren von Seiten des Landes in den jeweiligen Ressorts initiiert worden, um die Gesundheit der nordrhein-westfälischen Beamten und Angestellten nachhaltig zu fördern und damit auch die Anzahl von Krankheitstagen sowie Frühpensionierungen zu reduzieren?

Die Landesverwaltung schafft auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) die Rahmenbedingungen für gesundes Arbeiten. Einen Überblick zu den Strukturen und Angeboten des BGM der nordrhein-westfälischen Ressorts bietet Teil II des Berichtes der Landesregierung über den Krankenstand in der Landesverwaltung 2014.
Zu den Förderangeboten zählen unter anderem die Etablierung von Sozialen Ansprechpartnern, das Angebot von Schutzimpfungen und Impfberatungen sowie verschiedene Sportan-

[1] Bei der Darstellung der Zahl der Pensionierungen sind die Angestellten des Landes nicht berücksichtigt worden, da diese aufgrund ihrer Arbeitnehmereigenschaft aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden und nicht in den Ruhestand treten.

[2] Die Zahlen für das Jahr 2015 werden Anfang des Jahres 2016 erhoben und sind derzeit noch nicht verfügbar.

gebote. Eine umfängliche Auflistung der durchgeführten Einzelmaßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung in den Ressorts ist in der Anlage 2 aufgeführt.

3. Welche messbaren Erfolge, bitte unter Nennung von Kriterien und Indikatoren, hat das Land in den letzten drei Jahren mit Angeboten der Gesundheitsförderung zur Reduktion des Krankenstandes und zur Verringerung von Frühpensionierungen in den einzelnen Ressorts bislang erzielt?

Allein anhand der Krankenstandsdaten lassen sich keine unmittelbar geeigneten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Reduzierung der Krankenstandsquote und Frühpensionierungen ableiten. Die Daten sind grobe Indikatoren, die weder eine Ursachenanalyse noch Schlussfolgerungen auf mögliche Handlungsbedarfe ermöglichen, weil den Behörden keine Informationen über die Art der Erkrankung der Beschäftigten vorliegen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen erfolgt die Erhebung in anonymisierter Form.
Auch wenn aus den oben genannten Gründen keine messbaren Erkenntnisse dazu vorliegen, inwieweit eine konkrete Maßnahme im Rahmen des Gesundheitsmanagements sich auf individuelle Erkrankungen der Beschäftigten auswirkt, ist anzunehmen, dass die vielen verschiedenen Programme, mit dem Ziel, die Mitarbeitergesundheit und Leistungsfähigkeit langfristig und nachhaltig zu erhalten, krankmachende Faktoren im Arbeitsumfeld verringern und die Arbeitsbedingungen erkrankter Beschäftigter verbessern, so dass Arbeitsausfälle und Frühpensionierungen vermieden werden.

4. Welche Kosten für den Landeshaushalt verursachen pro Jahr rein rechnerisch die vorhandenen Frühpensionierungen im Vergleich zu einem gedanklichen Modell, bei dem alle Beschäftigten des Landes zum regulär vorgesehenen Ruhestandstermin pensioniert würden?

Die erbetene Ermittlung ist nicht darstellbar, da die Auswirkungen auf den Landeshaushalt in jedem Einzelfall unterschiedlich sind.
So entstehen z.B. im Falle einer sehr früh eintretenden Dienstunfähigkeit mit unmittelbarer Nachbesetzung der frei gewordenen Stelle verhältnismäßig hohe Mehrausgaben, auf Grund der lang andauernden, gleichzeitigen Zahlung von passiven und aktiven Dienstbezügen.
Demgegenüber kann eine Frühpensionierung zu Einsparungen im Landeshaushalt führen, soweit die Stelle, z.B. auf Grund eines kw-Vermerks, nicht neu besetzt wird, da die passiven Dienstbezüge niedriger als die aktiven Dienstbezüge sind.
Diese Varianten und unzählige weitere Fallkonstellationen machen auch eine modellhafte Kostenberechnung mit vertretbarem Verwaltungsaufwand in der für eine Beantwortung der Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich.

5. Wann wird die Landesregierung dem Landtag gemäß des Beschlusses aus dem Jahr 2003 (Drucksache 13/3267) eine aktualisierte Fortschreibung des Versorgungsberichtes zur Beratung vorlegen?

Der Vierte Versorgungsbericht wird voraussichtlich Anfang des Jahres 2016 in das Kabinett eingebracht und im Anschluss hieran dem Landtag vorgelegt werden.

Anlage 1

Zahl der Pensionierungen 2010 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungs-bereich	Pensionierungen insgesamt	davon Pensionierungen wegen							
		Dienstunfähigkeit		Antragsaltersgrenze		Regelaltersgrenze		Anreize LPEM + sonstige Gründe	
		absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
Polizei	585	97	16,58	317	54,19	165	28,21	6	1,03
Justiz	705	203	28,79	201	28,51	300	42,55	1	0,14
Schule	4.918	1.100	22,37	1.943	39,51	1.872	38,06	3	0,06
Hochschule*	368	19	5,16	75	20,38	272	73,91	2	0,54
Finanzverwaltung	360	103	28,61	122	33,89	133	36,94	2	0,56
Sonstige	152	18	11,84	39	25,66	82	53,95	13	8,55
Summe	**7.088**	**1.540**	**21,73**	**2.697**	**38,05**	**2.824**	**39,84**	**27**	**0,38**

Quelle: LBV NRW - SAS System / Jahresmeldungen (endgültiger Stand)

* Die Hochschulen sind ab dem Jahr 2011 im Bereich Sonstige miterfasst.

Zahl der Pensionierungen 2011 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungs-bereich	Pensionierungen insgesamt	davon Pensionierungen wegen							
		Dienstunfähigkeit		Antragsaltersgrenze		Regelaltersgrenze		Sonstige Gründe	
		absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
Polizei	682	99	14,52	132	19,35	447	65,54	4	0,59
Justiz	703	185	26,32	183	26,03	330	46,94	5	0,71
Schule	4.956	1.021	20,60	2.312	46,65	1.611	32,51	12	0,24
Finanzverwaltung	463	135	29,16	151	32,61	177	38,23	0	0,00
Sonstige	365	25	6,85	87	23,84	252	69,04	1	0,27
Summe	**7.169**	**1.465**	**20,44**	**2.865**	**39,96**	**2.817**	**39,29**	**22**	**0,31**

Quelle: LBV NRW - SAS System / Jahresmeldungen (endgültiger Stand)

Zahl der Pensionierungen 2012 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungs-bereich	Pensionierungen insgesamt	davon Pensionierungen wegen							
		Dienstunfähigkeit		Antragsaltersgrenze		Regelaltersgrenze		Sonstige Gründe	
		absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
Polizei	797	97	12,17	184	23,09	512	64,24	4	0,50
Justiz	661	149	22,54	169	25,57	339	51,29	4	0,61
Schule	5.978	892	14,92	3.064	51,25	2.012	33,66	10	0,17
Finanzverwaltung	395	89	22,53	172	43,54	132	33,42	2	0,51
Sonstige	377	37	9,81	126	33,42	214	56,76	0	0,00
Summe	**8.208**	**1.264**	**15,40**	**3.715**	**45,26**	**3.209**	**39,10**	**20**	**0,24**

Quelle: LBV NRW - SAS System / Jahresmeldungen (endgültiger Stand)

Zahl der Pensionierungen 2013 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungs-bereich	Pensionierungen insgesamt	davon Pensionierungen wegen							
		Dienstunfähigkeit		Antragsaltersgrenze		Regelaltersgrenze		Sonstige Gründe	
		absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
Polizei	1.048	132	12,60	198	18,89	711	67,84	7	0,67
Justiz	847	186	21,96	220	25,97	439	51,83	2	0,24
Schule	6.592	1.001	15,19	3.365	51,05	2.217	33,63	9	0,14
Finanzverwaltung	450	111	24,67	216	48,00	123	27,33	0	0,00
Sonstige	373	33	8,85	86	23,06	253	67,83	1	0,27
Summe	**9.310**	**1.463**	**15,71**	**4.085**	**43,88**	**3.743**	**40,20**	**19**	**0,20**

Quelle: LBV NRW - SAS System / Jahresmeldungen (endgültiger Stand)

Zahl der Pensionierungen 2014 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungs-bereich	Pensionierungen insgesamt	davon Pensionierungen wegen							
		Dienstunfähigkeit		Antragsaltersgrenze		Regelaltersgrenze		Sonstige Gründe	
		absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
Polizei	1.300	159	12,23	254	19,54	877	67,46	10	0,77
Justiz	814	170	20,88	230	28,26	412	50,61	2	0,25
Schule	7.279	835	11,47	3.934	54,05	2.500	34,35	10	0,14
Finanzverwaltung	469	89	18,98	243	51,81	135	28,78	2	0,43
Sonstige	408	30	7,35	88	21,57	289	70,83	1	0,25
Summe	**10.270**	**1.283**	**12,49**	**4.749**	**46,24**	**4.213**	**41,02**	**25**	**0,24**

Quelle: LBV NRW - SAS System / Jahresmeldungen (endgültiger Stand)

Anlage 2

Geschäftsbereich	Maßnahmen der Gesundheitsförderung
Staatskanzlei	
	Hausweite Projektgruppenarbeit zur Gesundheitsförderung seit dem Jahr 2010
	Ganzheitliche Bearbeitung von Aspekten der Verhältnisprävention (d.h. incl. der Organisations- und Personalentwicklung) seit 2014
	Unterstützende interne Ansprechpersonen: Soziale Ansprechpersonen, Ansprechperson Sucht
	Ergonomieberatung
	Vorsorgeangebote
	Sport- und Entspannungsangebote
	Fortbildungen zur Gesundheitsförderung
	Bewegte Mittagspause
	Rückenschule
	Singen für die Gesundheit
	Business-Yoga
	Massagen am Arbeitsplatz
	Grippeschutzimpfungen
	Gesundheitstage
	Darmkrebsprophylaxe
Ministerium für Schule und Weiterbildung	
	Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung aller Lehrkräfte durch einen überbetrieblichen Dienst, insbesondere Muster-Checklisten für die Gefährdungsbeurteilung, Erhebung der psychosozialen Belastungen mit dem COPSOQ-Fragebogen, Schulbegehungen, Beratung zum Mutterschutz, Hepatitis-Untersuchungen und Impfungen, Beratung der Schulleitungen als Verantwortliche für den Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Unfallverhütung, Beratung aller Lehrkräfte zu Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Beratung und Unterstützung der Schulaufsicht.
	Umfangreiches Informationsangebot zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und zur Gesundheitsförderug im Bildungsportal
	Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)
	Schrittweiser Aufbau eines Systems SAP (Soziale Ansprechpartner für Lehrkräfte)
	Beratung durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen
	Krisenmanagement
	Mobbing Line NRW der Landesregierung: Persönliche Beratung und Hilfe von Experten speziell zum Thema Mobbing
	Seminare zu den Themen Sicherheits- und Gesundheitsmanagement und psychische und soziale Gesundheit an Schulen
	Ausbau des Landesprogrammes "Bildung und Gesundheit"
	Durchführung von Gesundheitstagen
	Regelmäßige Sitzungen des Ausschusses für Arbeits- und Gesundheitsschutz (ASA)
	Anschaffung von rückengerechten Stühlen und elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen
	Initiierung von Sportgruppen
	Workshop für gesundes Führen
	Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines ganzheitlichen Konzeptes für ein Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)
	Durchfürung von Raumluftmessungen mit Beratungen und Maßnahmenpaketen zum gesunden Lüften
	Einrichtung einer Unterarbeitsgruppe Psychische Gefährdungsbeurteilung
	Einführung eines Angebotes zur Externen Psychologischen Beratung
Finanzministerium	
	Soziale Ansprechpartnerinnen und -partner (SAP)
	Stressbewältigungstrainings zur Stärkung der Resilienz für Beschäftigte und Führungskräfte
	Zweistufiges Burnout-Präventionsprogramm
	Schulung aller SAP und Gleichstellungsbeauftragten zur Beratung der Kolleginnen und Kollegen zum Thema "Pflege naher Angehöriger", Verteilung von "Pflegeschachteln" mit Informationsmaterial an alle Dienststellen
	Arbeitswissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Veränderungsprojektes IT Plus durch das Gesundheitsmanagement
	Schulung aller neu eingesetzten Führungskräfte zu den Themen Gesundheitsmanagement, Sucht und Umgang mit psychisch Erkrankten
	Seminarangebot "Gesundheitsförderliche Führung" für aktive Führungskräfte
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	

	Rahmenkonzept "Betriebliches Gesundheitsmanagement im MWEIMH"
	Durchfühung von Gesundheitswochen/-tagen
	Finanzielle Unterstützung von Sport- und Gesundheitskursen
	Informationsveranstaltungen zu Gesundheits- und Vorsorgethemen
	Durchführung der psychischen Gefährdungsbeurteilung gem. § 5 Abs. 3 Nr. 6 ArbSchG durch einen externen Dienstleister und Initiierung von Maßnahmen nach Auswertung der Ergebnisse
	Zahlreiche Fortbildungs- und Coachingangebote zu Gesundheitsthemen (gesundes Führen, Resilienz, Umgang mit beruflichen Belastungen und Stress, etc.)
	Erfüllung der gesetzlichen Pflichten gem. § 84 Abs. 2 SGB IX (Betriebliches Eingliederungsmanagement)
	Regelmäßige betriebsärztliche Sprechstunde, Grippeschutzimpfungen
	Benennung von Sozialen Ansprechpersonen (SAP), die umfassend aus- und fortgebildet werden
	Erfüllung der gesetzlichen Pflichten gem. § 11 ASiG (Ausschuss für Arbeitssicherheit)
	Angebote für gesunde Ernährung
	Anschaffung von elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen für alle Beschäftigten des MWEIMH
	Anschaffung und Bereitstellung von Dienstfahrrädern
	Dienstvereinbarung "Umgang mit Suchterkrankungen und Suchtgefahren am Arbeitsplatz"
Ministerium für Inneres und Kommunales	
	4-Säulenprogramm der Betrieblichen Gesundheitsförderung im MIK NRW (Säule I: Gesundheitstage/-aktionen mit Maßnahmen der Sensibilisierung, Motivation und themenbezogenen Vorsorgeaktionen; Säule II: Fortbildungen, z.B. Inhouse-Schulungen für Rückenschmerzpatienten; Säule III: Bewegung am Arbeitsplatz - Präventionskurse mit zertifizierten Übungsleitern; Säule IV: Bewegung am Arbeitsplatz - BGM-Raum)
	Angebot zur Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) mit dem Schwerpunktthema "Rückengesundheit" (Anfang 2015)
	Angebot zur Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) mit dem Schwerpunktthema "Herzgesundheit" (2016)
	Einführung des Behördlichen Gesundheitsmanagements für die Polizei NRW (BGMPol NRW)
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	
	Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutzmaßnahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge
	Mobile Massagen
	Diätberatung
	Grippeschutzimpfung
	Bewegte Mittagspause
	Kontaktperson Prävention
	Sozialer Ansprechpartner
	Krankenrückkehrgespräche
	Vorgesetztengespräche zu Zeitguthaben
	Verbindliche Seminarangebote für Vorgesetzte z.B. zum Thema "Gesundes Führen"
	Workshops zur Ermittlung der psychischen Belastung am Arbeitsplatz
Justizministerium	
	Pilotprojekt zur Einführung eines systematischen Gesundheitsmanagements im Bereich der Gerichte, Staatsanwaltschaften und der Aus- und Fortbildungseinrichtungen (außer Justizvollzug). Nach erfolgreicher Pilotierung in der Zeit von 2012 bis 2014 erfolgt nunmehr die Einführung eines systematischen Gesundheitsmanagements bei allen Dienststellen im Bereich der Gerichte, Staatsanwaltschaften, Aus- und Fortbildungseinrichtungen.
	"Rahmenkonzept Gesundheitsmanegement"
	"Maßnahmenkatalog Gesundheitsmangement"
	Diagnoseinstrumente
	Bedarfsgerechte Maßnahmen in den Handlungsfeldern Gesundheit im engeren Sinne, Arbeitsorganisation, Führung, Kommunikation und Soziales
	Gesundheitsmangement im Bereich der Justizvollzugseinrichtungen nach dem "Maßnahmenkonzept für die Gesundheitsförderung im Justizvollzug Nordrhein-Westfalen"
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	
	Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutzmaßnahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge
	Präventions- und Fitnesskurse
	Kurse zur Vermittlung von Entspannungstechniken
	Mobile Massage
	Jährliche Grippeschutzimpfung
	Gesundheitstag 2013
	Beteiligung an der jährlichen Aktion "Mit dem Rad zur Arbeit"
	Angebot einer externen psychosozialen Beratung
	Coaching und Seminarangebote
	Abschluss des Projektes "Weiterentwicklung der Prozess- und Ergebnisqualität im LANUV" mit der Zielsetzung, Arbeitsabläufe und -ergebnisse durch eine verbesserte Zusammenarbeit zu optimieren und damit die Arbeitszufriedenheit erkennbar zu steigern

	Fortbildungsangebote für Führungskräfte zur Verbesserung der gesundheitsförderlichen Führung
	Einrichtung der Büros und Labore nach Vorgaben der Ergonomie am Arbeitsplatz
	Einsatz von Sitz-/Steharbeitstischen und besonders ernonomisch ausgestatteten Bürodrehstühlen im Bedarfsfall
	Arbeitszeitflexibilisierung, Einrichtung von Telearbeitsplätzen, Dienstvereinbarungen zur Flexiblen Arbeitszeit sowie zur alternierenden Heimarbeit/Teleheimarbeit
	Aktuelle Informationen zu gesundheitlichen Themen und Angeboten über das Gesundheitsportal des LANUV
	Vorträge an den Standorten des LANUV zu: Suchterkrankungen, Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung, Burnout, Bewegung und Ernährung, Laien Reanimation, Demenz, Resilienz
	Treppenquiz (Gehirnjogging)
	Teilnahme an Firmenläufen
	Stressnewsletter für Führungskräfte und Beschäftigte
	Fortbildungsangebote zum Zeitmanagement
	Einsatz von Sozialen Ansprechpartnern (SAP)
	Betriebliches Eingliederungsmanagement
	Kontinuierliches Angebot individueller Ergonomieberatung
	Dienstvereinbarung "Mobbing am Arbeitsplatz"
	Dienstvereinbarung "Sucht am Arbeitsplatz"
	Bereitstellung von Evakuierungsstühlen und Einweisung von Bediensteten in deren Handhabung
	Erarbeitung eines Konzeptes für ein Betriebliches Gesundheitsmangement für den Landesbetrieb Wald und Holz (BGM)
	Inkraftsetzung des BGM-Prozesses im Qualitätsmanagement(QUAM)-System
	Unterstützung der Gesundheitskommunikation durch regelmäßige Mitteilungen über das Intranet
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	
	Laufende Informationsangebote und Vorträge zu Gesundheitsthemen, u.a.: Darmkrebsvorsorge, Ernährung, Stress, Burnout, Work-Life-Balance, Fitness, Nordic-Walking, Organspende, Demenz, Gesundheitscheck/Prävention, Umgang mit HIV und Suchterkrankungen
	Seminarprogramme der Forbildungsakademie Herne (z.B. Stressmanagement)
	Einsatz von Sozialen Ansprechpartnern (SAP)
	Jährliche, flächendeckende Grippeschutzimpfung
	Ergonomie am Arbeitsplatz
	Mobile Massagen
	Betriebliches Wiedereingliederungsmanagement (BEM)
	Dienstvereinbarung zur Telearbeit/Home-Office sowie Familienservice (Informationsangebote zur Unterstützung der Beschäftigten bei der Betreuung von Kindern bzw. pflegebedürftigen Angehörigen)
	Kooperationsvertrag mit der Techniker-Krankenkasse zum betrieblichen Gesundheitsmangement von 2011-2013
	Jährliche Analyse der Gesundheitsberichte von der BKK vor Ort, Techniker-Krankenkasse, Deutsche BKK Rheinland
	Flächendeckende "Dynamische Pause" Rückencoaching für Verwaltungsmitarbeiter (Workshops, Seminare, Übungen), Multiplikatorenausbildung zur Nachhaltigkeit
	Gesundheitsförderliches Führungsverhalten / Führung und Gesundheit
	Strategische Gesundheitszirkel zur Koordinierung
	Flächendeckende Etablierung von Gesundheitszirkeln in den Dienststellen
	Einsatz von Sozialen Ansprechpartnern (SAP)
	Rahmenvertrag über die Bereitstellung und Durchführung von Dienstleistungen im Rahmen der zeitnahen psychotraumatologischen Versorgung sowie der psychotherapeutischen und psychologischen Erstbehandlung und Präventionsleistung im Rahmen des BGM für die Beschäftigten von Straßen.NRW seit 15.08.2012 mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und seit 01.11.2015 Kliniken Alexianer Krefeld GmbH
	Dienstvereinbarung zur Unterstützung suchtkranker Mitarbeiter im Landesbetrieb
	Seminarprogramme aus dem internen Fortbildungsprogramm sowie der Fortbildungsakademie Herne (z.B. Stressmanagement)
	Durch Gesundheitszirkel initiierte, diverse regionale Gesundheitsförderungsmodule zu Stressmanagement, Bewegung und Ernährung, Gesundheitstage
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	
	Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen
	Einführung des Regelangebotes "Externe Unterstützung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" (Beratungshotline in psychosozialen Fragen)
	Grippeschutzimpfung und Impfberatung
	Gesundheitstag in Kooperation mit der Deutschen Sporthochschule Köln
	Darmkrebsvorsorge
	Obstwochen im MIWF
	Diabetesvorsorge
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	
	Monatliche Sprechstunde des betriebsärztlichen Dienstes
	Regelmäßige Untersuchungsangebote des betriebsärztlichen Dienstes
	Durchführung des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM)

	Umsetzung von Maßnahmen in Folge der Beratungen im Arbeitssicherheitsausschuss
	Arbeitsplatzbegehung durch den betriebsärztlichen Dienst und der Fachkraft für Arbeitssicherheit
	Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen
	Ergonomieberatung
	Ernährungsberatung
	"Bewegte Mittagspause"
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	
	Betriebsärzliche und sicherheitstechnische Betreuung durch den MediTÜV
	Jährliche kostenlose Grippeschutzimpfung
	Betriebliches Eingliederungsmanagement für längerfristig Erkrankte (BEM)
	Regelmäßig und im Bedarfsfall: Augenuntersuchung für Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen
	Zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege: Angebot von alternierenden Telearbeitsplätzen und eines Eltern-Kind-Büros; betrieblich unterstützte Kinderbetreuung erleichtert Organisation der Kinderbetreuung auch am Wohnort und in den Ferien; Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Pflege
	Soziale Ansprechpartner (SAP)
	Bildschirmfitnesstrainer am Arbeitsplatz
	Einrichtung einer psychosozialen Beratungshotline (EAP Hotline)
	Entwicklung eines ganzheitlichen Konzepts zum BGM unter Einbindung der Beschäftigten
	Flexibilisierung der Arbeitszeit (FLAZ)
	Fortbildungen zu BGM Themen (Stress, Burnout, Demotivation)
	Jährlich wechselnde Gesundheitsangebote
	Ergonomieberatungen am Arbeitsplatz
	Beschulung von Ersthelfern und Ersthelferinnen
	Bereitstellung von Dienstfahrrädern
	Informationen zu Gesundheitsthemen im Intranet
	Durchführung von Online-Unterweisungen zum Arbeitsschutz
	Ausbau der Fahrradinfrastruktur
	Gesundes Kantinenessen